

Ein Herz für Paraguays Putschisten

Entwicklungsminister Niebel von der FDP patzt

Von Hinnerk Berlekamp

Das Auswärtige Amt riet am Freitag jedermann dringend davon ab, in diesen Tagen nach Paraguay zu reisen. Das Land stecke in einer schweren politischen Krise, Unruhen seien nicht auszuschließen, hieß es in Berlin. Nur einer scherte sich nicht darum: Dirk Niebel, der Bundesentwicklungsminister von der FDP. Tollkühn schlug er alle Warnungen aus dem Hause seines Parteifreunds Guido Westerwelle in den Wind und setzte sich ins Flugzeug nach Asunción, der Hauptstadt Paraguays. Er hätte es besser gelassen.

In dem südamerikanischen Land nämlich hatte ausgerechnet am Vorabend seines Besuchs der Senat den vom Volk gewählten Präsidenten Fernando Lugo für abgesetzt erklärt. Die Motive dafür sind ziemlich erschöpfend dargelegt, wenn man darauf hinweist, dass das Parlament politisch weit rechts, Lugo hingegen deutlich links

Südamerika ist sich einig

von der Mitte steht. Was der an Lugos Stelle zum neuen Staatschef aus-

gerufene Federico Franco nun noch brauchte, war ein prominenter ausländischer Gast, der ihm die Hand schüttelte und so das Signal gab, die Welt erkenne den Machtwechsel an. Niebel tat ihm bereitwillig den Gefallen.

Doch niemand sonst. Der südamerikanischen Staatenbund Unasur nannte die Vorgänge eine „Bedrohung der demokratischen Ordnung“. Lugo sei und bleibe der verfassungsmäßige Präsident Paraguays, darin waren sich vom linksregierten Venezuela bis zum rechtsregierten Kolumbien alle einig.

Am Montag sah sich daraufhin auch das Auswärtige Amt zu der Erklärung veranlasst, die Bundesregierung blicke „mit gewisser Sorge“ auf die Entwicklung in Paraguay. Die Opposition wurde deutlicher. Es sei „bezeichnend für das Demokratieverständnis von Minister Niebel, dass er den institutionellen Staatsstreich gutheißt“, sagte Heike Hänsel von der Linken. Ihr Grünen-Kollege Dirk Hoppe sagte: „Die FDP darf nicht den gleichen Fehler machen wie 2009 in Honduras.“

Als dort vor drei Jahren der rechte Unternehmerverband und das Militär den linksliberalen Präsidenten Manuel Zelaya wegputschten, hatten sich die deutschen Liberalen nämlich schon einmal gegen den Rest der Welt gestellt. Als buchstäblich Einzige im Westen rechtfertigten die FDP und ihre parteinahe Friedrich-Naumann-Stiftung damals den Staatsstreich. Kaum ist ein bisschen Gras über die Sache gewachsen, macht sich Niebel nun mit den Putschisten in Paraguay gemein.

Hätte er die Reisewarnung des Auswärtigen Amtes doch nur beherzigt.

Ein Rechter bei Maria Hilf

Nach der Razzia gegen ein Nazi-Forum kommen Hintergründe über die Betreiber ans Licht

Von Felix Helbig

Die Gangelter Einrichtungen Maria Hilf haben einen Stationsleiter ihrer Fachklinik für Psychiatrie entlassen. Keine große Nachricht, könnte man meinen. Der Mann hatte dort drei Jahre gearbeitet, wie alle Mitarbeiter der nordrhein-westfälischen Einrichtung war er Werten wie Nächstenliebe und Menschlichkeit verpflichtet. Nebenher bot er deshalb Deeskalationskurse an und war Antirassismusbeauftragter des Deutschen Vereins für Gewaltprävention. Vor zehn Tagen aber durchsuchte das Bundeskriminalamt bei einer Razzia gegen das größte deutsche Internetforum für Neonazis, Thiazi.net, auch seine Wohnung. Der Stationsleiter und Antirassismusbeauftragte soll auf Thiazi.net aktiv gewesen sein.

Es sind Lebensläufe wie dieser, die hinter den mit Pseudonymen getarnten Netz-Persönlichkeiten der Plattform stehen sollen. Nach der Großrazzia kommt nun allmählich ans Licht, wer sich hinter Benutzernamen wie „WPMP3“ oder „Fjörgyn“ verbirgt, die beim BKA als Hauptbeschuldigte gelten sollen: ein 30 Jahre alter Erzieher aus Mecklenburg-Vorpommern und eine gleichaltrige Hausfrau aus Baden-Württemberg, mithin ganz gewöhnliche Existenzen. Der Stationsleiter aus Gangelte soll nach FR-Informationen unter dem Namen „Krafft“ als Chef-Moderator in dem Internet-Treff der Rechtsextremen tätig gewesen sein.

Der Geschäftsführung von Maria Hilf war am vergangenen Mittwoch von der Autonomen Antifa Freiburg zugetragen worden, wie sich ihr Stationsleiter privat noch so engagiert. Man habe nach einer Anhörung das Arbeitsverhältnis beendet, teilt die Einrichtung nun auf Anfrage mit. Während seiner Tätigkeit habe es „keinerlei Anzeichen“ auf eine Verbindung mit der rechtsextremen Szene gegeben. Maria Hilf distanzieren sich „mit



Fackelzüge von Neonazis: Häufig koordiniert übers Internet. YOUTUBE

Nachdruck“. Ähnlich reagierte am Montag der Verein für Gewaltprävention. „Aus heiterem Himmel“ sei das gekommen, sagte dessen Vorsitzender, Holger Schlafhorst. Der Mann werde für den Verein, für den er auch „Deeskalation bei Gewalt und Rassismus“ lehrte, nicht mehr tätig sein.

Die Neonazis, die hinter Thiazi stehen sollen, haben es offenbar verstanden, ihr bürgerliches Leben und ihr Treiben im Internet gut zu trennen – und doch das eine für das andere zu nutzen. So hatte „Krafft“ auf Thiazi etwa geschrieben: „Habe mich heute im Rahmen einer beruflichen Fortbildung (mal wieder) mit dem Thema Kommunikation/Deeskalation beschäftigen dürfen.“ Dabei „schwirrte mir auch bei dieser Veranstaltung der Gedanke im Kopf herum: Wie kann man solche Inhalte für Thiazi nutzen?“

Ein anderer Nutzer schlug „Krafft“ daraufhin als „Überwachungsinspekteur für Volksgesundheit und Euthanasie“ vor, wofür dieser sich prompt bedankte: „Lustiges Thema! Ich nehme die Wahl gerne an!“

Kein Einfluss auf Kinder

Ähnlich bürgerlich soll der Hintergrund bei „WPMP3“ gewesen sein, der als Hauptdrahtzieher des Forums mit 25 000 registrierten Nutzern gilt und weiter in Untersuchungshaft sitzt. Er arbeitete als Erzieher im Hort „Villa Kunterbunt“ in Barth an der Ostsee. Nach Angaben des Bürgermeisters von Barth, Stefan Kerth, führte der Mann „privat ein völlig anderes Leben“. Einflüsse auf Kinder soll es aber keine gegeben haben, das hätten Eltern bestätigt. Der Mann sei nun suspendiert.

„Krafft“ immerhin war sich möglicher Konsequenzen bewusst. „Um meinen Arbeitsplatz zu verlieren, reicht's locker aus, was ich hier schreibe. Auch ohne Heil Hitler oder Hakenkreuze“, schrieb er 2010. Genau so scheint es nun gekommen zu sein.

Zwang zur betrieblichen Altersvorsorge

SPD-Chef Gabriel lässt Experten einen heiklen Kurswechsel in der Rentenpolitik vorbereiten

Von Karl Doemens

Noch mauert Sigmar Gabriel. „Wenn die Frage lautet: Gibt es etwas Fertiges?“, meinte der SPD-Chef am Montag, dann sei seine Antwort: „Nein, das gibt es ausdrücklich nicht.“ Doch die Zeit drängt. Seit Jahren hadern die Genossen mit ihrer Rentenpolitik aus rot-grüner Zeit, ein Parteitag im vergangenen Dezember hätte fast alle Reformen zurückgedreht. Eigentlich sollte dann auf dem Parteikonvent vor zehn Tagen ein Konzept der Altersvorsorge diskutiert werden. Das heikle Vorhaben wurde verschoben. Im Herbst aber muss nun endlich ein Beschluss fürs Regierungsprogramm fallen.

Hinter den Kulissen sind die Vorarbeiten einer kleinen, geheimen Arbeitsgruppe nach Informationen der Frankfurter Rundschau

so gut wie abgeschlossen. Wenn es nach den sieben Experten aus Fraktion und Gewerkschaften geht, von denen Gabriel Eckpunkte für ein Konzept erarbeiten lässt, dann sollen künftig alle Arbeitnehmer über betriebliche Systeme fürs Alter vorsorgen müssen. Außerdem soll es für langjährig Versicherte eine Mindestrente von 850 Euro im Monat geben. Umstritten ist, ob zusätzlich die geplanten Senkungen des Rentenbeitrags von derzeit 19,6 auf 19,0 Prozent in den nächsten Jahren gestrichen werden.

Mit diesen Vorschlägen käme Gabriel den Parteilinken sehr weit entgegen. Er übernehme aber nicht ihre Forderungen. Der Arbeitnehmerflügel will nämlich das heutige Rentenniveau von rund 50 Prozent einfach festschreiben und sämtliche Kürzungsfaktoren in der gesetzlichen

Rentenformel streichen, die das Umlagesystem in der alternden Gesellschaft bezahlbar halten sollten und das Niveau schlimmstenfalls 2030 bis auf 43 Prozent der Durchschnittseinkommen drücken könnten. Auch Gabriels Experten peilen ein dauerhaftes Sicherungsniveau von 50 Prozent an. Doch wollen sie die Rentenformel nicht verändern. Stattdessen rechnen sie dafür die Leistungen aus der (sinkenden) gesetzlichen Rente zusammen mit denen einer betrieblichen Altersvorsorge.

Das freilich funktioniert nur, wenn die Betriebsrente künftig für alle verpflichtend ist. Das schlägt der Expertenzirkel vor. Besonders die Gewerkschaften IG Metall und IG Bergbau, Chemie und Energie hegen Sympathien für diesen Plan, weil er ihnen bei Tarifverhandlungen ein neues Instrument geben würde. Aller-

dings war Ex-Minister Walter Riester (SPD) mit seinem Vorhaben, die private Vorsorge verpflichtend zu machen, 1999 gescheitert.

Das Riester-Sparen aber gefällt der SPD ohnehin nicht mehr: Weil vor allem Geringverdienere keine Verträge abschließen, soll die Riester-Rente unattraktiv gemacht werden. So würden die Förderung umgeschichtet und Riester-Einkünfte mit der neuen Mindestrente verrechnet. Sie soll nach 35 Versicherungsjahren bei 850 Euro liegen und damit etwa 100 Euro über der Grundsicherung im Alter. Allein diese Mindestrente würde laut Experten etwa elf Milliarden Euro Steuergeld im Jahr kosten. Weitere Details werden noch gerechnet. Nach der Sommerpause, versichert Gabriel, wolle er sein Konzept endgültig dem Parteivorstand vorlegen.